

Europa sichert den Frieden

Europa – gut für Deutschland

- Erklärung der
Christlich Demokratischen
Union Deutschlands
zur Europawahl 1994

Das europäische Einigungswerk hat sich als Kern einer stabilen Friedens- und Freiheitsordnung bewährt. An der Schwelle zum 21. Jahrhundert können wir Europäer die großen Aufgaben nur noch in enger Zusammenarbeit bewältigen. Im Interesse der Menschen müssen die Völker Europas zu einer starken Gemeinschaft werden. Nur ein geeintes Europa wird den Frieden sichern, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit erhalten, den Umweltschutz grenzüberschreitend verwirklichen, die Ursachen der weltweiten Flüchtlingsbewegung und des Hungers auf der Welt bekämpfen, das Asylproblem gemeinsam lösen und die Menschen vor international organisierter Kriminalität wirksam schützen können. Den wirtschaftlichen Konkurrenzkampf auf den Weltmärkten können die Europäer nur gemeinsam gewinnen.

Es liegt in unserem eigenen demokratischen Interesse, daß das künftige Europäische Parlament seine Aufgaben mit Kompetenz und Durchsetzungskraft wahrnehmen kann. Nach der Vereinigung verfügt Deutschland über 99 Abgeordnete im jetzt zu wählenden Europäischen Parlament und hat dadurch stärkere politische Mitsprache erhalten. Nie zuvor hatte eine Europawahl größeres politisches Gewicht. Das Parlament hat durch den Maastrichter Vertrag erhebliche Rechte hinzugewonnen. Es wird erstmals über die Zusammensetzung der Europäischen Kommission mitentscheiden können. Zum Beitritt weiterer europäischer Staaten bedarf es seiner Zustimmung. Das Parlament beschließt — zusammen mit dem Ministerrat — über den Haushalt, kontrolliert die Ausgaben der Europäischen Union und entscheidet über Verordnungen und Richtlinien der Europäischen Union und damit über Wirtschaft, Arbeit und soziale Sicherheit in Europa.

Rechts- und Linksradikale schüren Angst vor Europa und nähren die Illusion, Deutschland könne seine großen Zukunftsaufgaben in nationalen Alleingängen lösen. Nach der jahrzehntelangen Spaltung unseres Kontinents und nach zwei Weltkriegen, die unendliches Leid über die Völker Europas gebracht haben, sind die Ideologien von Kommunisten und Rechtsradikalen ein für allemal von der Geschichte widerlegt worden. Ein Rückfall in den Nationalismus wäre verhängnisvoll für den Frieden sowie für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung unseres Kontinents. Wir brauchen eine Stärkung der demokratischen Kräfte in Europa, eine klare Absage an Extremisten, das heißt gegenüber Nationalismus, Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus.

Die CDU ist die deutsche Europapartei. Von Konrad Adenauer bis zu Helmut Kohl sind die entscheidenden Impulse für ein geeintes Europa immer wieder von der CDU ausgegangen. Die Einheitliche Europäische Akte, der Gemeinsame Binnenmarkt und der Vertrag über die Europäische Union tragen die politische Handschrift der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Gemeinsame europäische Politik im Geiste der Partnerschaft und Freundschaft dient auch deutschen Interessen.

Europa sichert den Frieden

1 Wir können als Mitglied der Europäischen Union auf eine der längsten Friedensperioden in der Geschichte unseres Kontinents zurückblicken. Aus Feinden von einst sind längst Freunde geworden. In vielen Regionen außerhalb der Europäischen Union aber ist — wie wir es im ehemaligen Jugoslawien erleben müssen — Krieg immer noch Wirklichkeit. Davor haben viele Menschen Angst. Die Europäische Union ist die Voraussetzung dafür, daß der Friede in ganz Europa sicherer wird.

Eine friedliche Zukunft kann nur gemeinsam gesichert werden. Allein auf sich gestellt, sind die einzelnen Staaten Europas bei der Bewältigung von Krisen, Kriegen und Konflikten überfordert. Die CDU tritt deshalb ein für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäer. Die Vorstellungen der SPD über einen sicherheits- und verteidigungspolitischen Sonderweg würden Deutschland in eine gefährliche Isolation führen.

Die Europäische Union muß über Möglichkeiten des eigenen militärischen Handelns verfügen können. Wir befürworten und fördern deshalb eine Integration von Einheiten der nationalen Streitkräfte in europäische Sicherheitsstrukturen. Die Westeuropäische Union muß als verteidigungspolitische Komponente der Europäischen Union ausgebaut und vollständig integriert werden. Auf diese Weise wollen wir den europäischen Pfeiler des Nordatlantischen Verteidigungsbündnisses stärken und fortentwickeln. Wir brauchen europäische Streitkräfte mit der nötigen Handlungsfähigkeit, auch um im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen zur Friedenssicherung und Konfliktregelung beitragen zu können.

Schon als unmittelbare Nachbarn haben wir Deutsche ein besonderes Interesse an einer friedlichen und demokratischen Entwicklung der Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas. Wir wollen, daß diese Staaten zu einer vergleichbaren Stabilität finden wie das westliche Europa. Deshalb werden wir dazu beitragen, ihren politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aufbau zu stützen und ihre sicherheits- und verteidigungspolitische Integration in europäische und transatlantische Strukturen der Sicherheit und Verteidigung bis hin zur Mitgliedschaft zu fördern. Nur so können schwerwiegende Rückwirkungen eines Scheiterns der Umgestaltung in diesen Ländern auf Deutschland und ganz Europa verhindert werden.

Wir begrüßen den Abschluß von Assoziierungsverträgen der Europäischen Union mit den neuen Demokratien in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Diese Verträge wollen wir mit Leben erfüllen, um diese Länder schrittweise auf einen späteren Beitritt vorzubereiten. Gerade auch für die neuen Bundesländer ist die immer stärkere Einbindung ihrer östlichen Nachbarn bis hin zum Beitritt zur Europäischen Union eine entscheidende Voraussetzung für Stabilität, wirtschaftliche Entwicklung, gesunde Umwelt und die Bekämpfung des international operierenden Verbrechens. Die Bildung von Euroregionen auch mit unseren östlichen Nachbarn ist ein wichtiger Schritt, um deren Integration vorzubereiten. Die neuen Demokratien können der Europäischen Union beitreten, sobald sie die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen dafür erfüllen.

Europa schafft Wachstum und Arbeit

2. Fast jeder dritte deutsche Arbeitsplatz hängt vom Export ab, mehr als die Hälfte unserer Exporte geht in die Europäische Union, über 70 Prozent in den Europäischen Wirtschaftsraum. Dieser ist mit rund 380 Millionen Verbrauchern der größte Markt der Welt. Stabile Absatzmärkte in Europa bedeuten gerade für Deutschland sichere Arbeitsplätze und Einkommen. Ohne den freien Handel in Europa wäre Deutschland bei weitem nicht so wohlhabend, und es könnte seinen Bürgerinnen und Bürgern nicht jenes hohe Maß an sozialer Sicherheit bieten, das weltweit als vorbildlich anerkannt wird. Somit leistet die Europäische Union einen wichtigen Beitrag zur inneren Stabilität in Deutschland.

Europa wird sich in dem immer intensiver werdenden Standortwettbewerb mit Nordamerika und dem asiatischen Raum nur behaupten können, wenn es international konkurrenzfähig bleibt. Wir treten deshalb dafür ein, die Kräfte Europas zu bündeln für Innovation, wirtschaftliches Wachstum und zukunftssichere Arbeitsplätze. Wir wollen insbesondere den Investitionsstandort Deutschland stärken. Vordringlich sind gemeinsame Anstrengungen zum Ausbau der Kommunikations- und Verkehrsinfrastruktur sowie die Förderung gemeinsamer Forschung und Entwicklung.

Wir werden die Chancen durch Europa jedoch nur nutzen können, wenn wir auch national die richtigen Weichen stellen. Deshalb muß die Haushalts- und Stabilitätspolitik der CDU-geführten Bundesregierung konsequent fortgesetzt werden. Die Erfahrung zeigt, daß Sozialdemokraten die bereits erreichten Erfolge wieder gefährden würden durch unbezahlbare Versprechungen und immer neue Steuern. Dies muß im Interesse Deutschlands verhindert werden.

Die Bürger in den neuen Bundesländern haben in den vergangenen Jahren durch ihre Leistung und mit Unterstützung der Bürger in den alten Bundesländern ein solides Fundament für den Aufschwung nach vierzig Jahren sozialistischer Planwirtschaft gelegt. Die Europäische Union unterstützt Aufbau und Arbeitsplätze in den neuen Bundesländern mit mehr als 35 Milliarden Mark bis 1999 durch die Einstufung als Fördergebiet mit oberster Priorität. Gerade die von Arbeitsplatzverlust besonders betroffenen Bereiche wie Werften, Landwirtschaft und Stahlindustrie finden umfangreiche Unterstützung in dieser schwierigen Phase der Umstrukturierung auch durch die Europäische Union. Deutschland kann sich auf die Solidarität seiner Partner in der Europäischen Union verlassen.

3. Eine gemeinsame, stabile europäische Währung ist gerade für unsere im Export starke Wirtschaft von Vorteil. Mit einer einheitlichen europäischen Währung können Unternehmen sicherer planen und investieren, weil innereuropäische Wechselkurschwankungen wegfallen, und sie können günstiger anbieten, weil Wechselkursverluste innerhalb der Europäischen Union nicht mehr entstehen. Die negativen Folgen internationaler Spekulationen auf die Deutsche Mark oder andere wichtige europäische Währungen werden beseitigt. Gerade in jüngster Zeit hat die Abwertung wichtiger Partnerwährungen im Europäischen Währungssystem zu einer schlechteren

Wettbewerbsposition Deutschlands und damit zum Verlust von Arbeitsplätzen und erheblichem Druck auf Löhne und Sozialleistungen bei uns geführt. Auch die zusätzlichen Kosten für exportorientierte Unternehmen sind beträchtlich und verhindern die Schaffung weiterer Arbeitsplätze in Deutschland.

Wir begrüßen, daß Frankfurt Sitz des Europäischen Währungsinstituts und der zukünftigen Europäischen Zentralbank ist. Dies ist ein großer Erfolg des deutschen Bundeskanzlers und ein überzeugendes Signal der Anerkennung für den Erfolg christlich-demokratischer Stabilitätspolitik. Wir haben sichergestellt, daß im geeinten Europa die Währungspolitik sich an dem bewährten Modell der Deutschen Bundesbank orientiert. Dies bedeutet: Eine Währungsunion wird es erst geben, wenn die strikten Stabilitätsbedingungen des Maastrichter Vertrages wie Preisstabilität und gesunde Staatsfinanzen ohne jeden Abstrich erfüllt sind. Der Deutsche Bundestag wird dies vor dem Eintritt in die Währungsunion noch einmal prüfen.

4. Mit dem Vertrag von Maastricht wurde der Einstieg in die Sozialunion erreicht. Wir werden auch künftig auf den gewachsenen nationalen Sozial- und Arbeitsrechtssystemen aufbauen, die für die Menschen immer auch ein vertrautes Stück ihrer sozialen Heimat sind. Wir wollen — wie in der europäischen Sozialcharta vereinbart — soziale Mindeststandards verankern, die einerseits Wettbewerbsverzerrungen vermindern und andererseits keinen Mitgliedsstaat überfordern.

5. Wir wollen eine leistungsfähige, vielfältig strukturierte und umweltverträgliche Landwirtschaft mit bäuerlicher Tradition. Der deutschen Landwirtschaft muß im gemeinsamen europäischen Markt eine wettbewerbsfähige Entwicklung ermöglicht werden. Der sich vollziehende Strukturwandel muß sozial abgefedert und zu einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit genutzt werden.

Die künftige Agrarpolitik der Europäischen Union muß sich stärker an den Prinzipien einer Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft orientieren. Die CDU tritt dafür ein, den Bauern neue Märkte zu erschließen, zum Beispiel in der Industrie durch die Produktion nachwachsender Rohstoffe und die Übernahme von Aufgaben der ökologischen Landschaftspflege. Wir setzen auch hier auf das Leistungsprinzip und lehnen die zunehmende Bürokratisierung und übermäßige Einschränkungen der unternehmerischen Freiräume ab. Wir treten dafür ein, daß für alle Landwirte in Europa dieselben Vorschriften gelten, zum Beispiel beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und im Lebensmittelrecht.

Europa schützt unsere Umwelt

6. Umweltschutz schafft Arbeitsplätze. Die Bundesrepublik Deutschland hat im zurückliegenden Jahrzehnt auch umweltpolitisch einen Spitzenplatz in Europa erreicht. Dieser Kompetenzvorsprung sichert bislang rund 700.000 Arbeitsplätze bei uns. Durch die konsequente Fortsetzung unserer marktwirtschaftlichen Umweltpolitik werden in den kommenden Jahren noch weitere sichere Arbeitsplätze entstehen.

Eine gesunde Umwelt in Deutschland hängt auch vom Verhalten unserer Nachbarn ab. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Staaten in Ost und West ist daher unverzichtbar. In der Europäischen Union streben wir die Harmonisierung von Vorschriften und Standards auf ökologisch hohem Niveau an.

Eine sichere und umweltfreundliche Energieversorgung ist die Grundlage einer stabilen Wirtschaftsentwicklung. Der Schutz der Erdatmosphäre und damit unseres Klimas kann nur in internationaler Partnerschaft verwirklicht werden. Wir haben erreicht, daß ab 1995 FCKW in der Europäischen Union weder produziert noch eingesetzt werden darf. Gemeinsam mit unseren Partnern in der EU werden wir alle Anstrengungen unternehmen, die CO₂-Emissionen durch die Einführung marktwirtschaftlicher Steuerungsmaßnahmen deutlich zu reduzieren. Die CO₂-Emissionen im vereinten Deutschland sind bereits deutlich rückläufig.

Eine umweltverträgliche Abfallwirtschaftspolitik, die der Vermeidung von Müll Vorrang vor der Wiederverwendung und -verwertung einräumt, ist für eine energie- und ressourcenschonende Wirtschaftsentwicklung unabdingbar. Wir streben daher europaweit den Einstieg in die Kreislaufwirtschaft an, so wie wir sie in Deutschland mit der Verpackungsverordnung und der Verabschiedung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes in Angriff genommen haben.

Wir wollen den Aufbau einer Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft in ganz Europa vorantreiben. Sie verbindet wirtschaftliche Effizienz, soziale Sicherheit und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Wirksamer Umweltschutz braucht staatliche Anreize, zum Beispiel in Form von Ge- und Verboten, Verordnungen und Gesetzen sowie steuerlichen Erleichterungen, die die Eigeninitiative und das Eigeninteresse für mehr Umweltschutz stärken. Wirksamer Umweltschutz erfordert eine Vielfalt von Maßnahmen und Instrumenten. Wo immer sinnvoll und möglich wollen wir, um Verfahren zu beschleunigen und Bürokratie abzubauen, Umweltqualitätsziele vorgeben, nicht jedoch die Wege dorthin im einzelnen vorschreiben.

Europa schützt vor Kriminalität

7. Die organisierte Kriminalität operiert heute längst länderüberschreitend. Nationalstaatliche Grenzen bieten vor dem Verbrechen keinen wirksamen Schutz mehr. Eine wirkungsvolle Bekämpfung krimineller Organisationen wie der Mafia ist nur durch eine intensivere Zusammenarbeit aller Sicherheitsbehörden in Europa zu gewährleisten.

Die CDU setzt sich ein für den raschen Ausbau von EUROPOL zu einem Europäischen Polizeiamt mit operativen Befugnissen. Darüber hinaus fordern wir einheitliche Sicherheitsstandards an den Außengrenzen der Europäischen Union und geeignete Maßnahmen zur Verhinderung illegaler Einwanderung. Die Regelung der Einreise von Nicht-EU-Bürgern, die Erteilung von Sichtvermerken, Rauschgiftkontrollen sowie Rechtshilfe- und Auslieferungsverfahren sollen innerhalb der Europäischen Union vereinheitlicht werden.

Die CDU setzt sich dafür ein, einheitliche Maßstäbe durchzusetzen, nach denen straffällig gewordene Ausländer rasch in ihre Heimatländer abgeschoben werden können. Kriminelle Ausländer, die illegal erneut einreisen, müssen empfindlich bestraft werden können. Um die Drogenszene auszutrocknen, müssen Rauschgift-Delikte von Ausländern zur sofortigen Abschiebung führen.

Europa hilft bei der Bewältigung des Asylproblems

8. Die von der CDU durchgesetzte Neuregelung des deutschen Asylrechts hat Deutschland endlich auch in dieser wichtigen Frage europafähig gemacht. Das zahlt sich jetzt aus: Ohne die Kooperationsbereitschaft unserer Nachbarn hätte die Neuregelung des deutschen Asylrechts nicht greifen können. Die Asylbewerberzahlen in Deutschland sind inzwischen um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Dies verdanken wir nicht zuletzt der Zusammenarbeit in Europa, die auch auf diesem Felde weiter vertieft werden muß.

Wir setzen uns dafür ein, daß zwischen den Staaten der Europäischen Union einheitliche Maßstäbe für die Anerkennung von Asylanträgen vereinbart werden. Flüchtlinge müssen gleichmäßiger als bisher auf die einzelnen Mitgliedstaaten verteilt werden. Wir wollen eine gemeinsame Asylpolitik der Europäischen Union.

Wir gestalten Europas Zukunft

9. Die CDU ist die Partei der deutschen Einheit und der europäischen Einigung. Durch unsere Politik sind aus Feinden Freunde geworden. Unter Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl haben wir die Einheit Deutschlands auf friedlichem Wege und im Einklang mit allen unseren Nachbarn wiederherstellen können. Ohne die jahrzehntelange Politik der europäischen Einigung wäre das nicht möglich gewesen. Deutsche Einheit und europäische Einigung sind zwei Seiten derselben Medaille.

Die Europäische Union muß freiheitlich, demokratisch, föderal, subsidiär und bundesstaatlich gestaltet werden.

Wir wollen das „Europa der Bürger“ verwirklichen, in dem die nationale und regionale Vielfalt unseres Kontinents erhalten bleibt und gefördert wird. Es ist ein Europa für jung und alt, Frauen und Männer, in dem wir gleichberechtigt und mit gleichen Chancen zusammen leben wollen. Alle unsere Bundesländer — aber auch die

Städte und Gemeinden — sind in das europäische Einigungswerk einbezogen. Die nur gemeinsam zu lösenden Aufgaben, zum Beispiel die Außen- und Sicherheitspolitik, die Wirtschafts- und Umweltpolitik müssen auf die Europäische Union, die anderen Aufgaben so weit wie möglich dezentralisiert wahrgenommen werden. Der Nationalstaat wird sich im Laufe dieser Entwicklung nicht auflösen, aber wandeln. Deutschland bleibt unser Vaterland in einem geeinten Europa.

Wir wenden uns gegen jede Form von Überreglementierung, bürokratischem Perfektionismus und Zentralismus. Was auf kommunaler, regionaler oder nationaler Ebene sachgerecht geregelt werden kann, darf nicht auf europäischer Ebene entschieden werden. Nach dem Subsidiaritätsprinzip darf die höhere Ebene nur dann tätig werden, wenn es unabweisbar notwendig ist. Zur Sicherung von Subsidiarität, Föderalismus und Demokratie treten wir ein für die Schaffung einer europäischen Verfassung.

Wir wollen die Demokratie in der Europäischen Union weiter stärken. Die Rechte des Europäischen Parlamentes müssen weiterentwickelt werden, damit es eine wirkungsvolle parlamentarische Kontrolle der europäischen Institutionen sicherstellen kann. Dazu gehört auch die Mitentscheidung des Europäischen Parlaments in weiten Bereichen der Gesetzgebung der Europäischen Union im Sinne eines Zweikammersystems und das volle Haushaltsrecht. An der Ausarbeitung einer europäischen Verfassung ist es maßgeblich zu beteiligen.

Wahlaufruf

Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger auf: Gehen Sie zur Europawahl! Wer der Wahl fernbleibt, unterstützt radikale Kräfte. Stärken Sie mit Ihrer Stimme die Kräfte der politischen Mitte in Europa! Nur in der politischen Mitte werden die Völker Europas jenen gemeinsamen Nenner finden, der sie zu gemeinsamem Handeln und zur Lösung der drängenden Probleme befähigt. Stärken Sie die Demokratie in Europa. Gestalten Sie Ihre eigene Zukunft!

Deutschlands Chancen und Interessen liegen in einem geeinten Europa. Es steht viel auf dem Spiel. Es geht um dauerhaften Frieden. Es geht um die Sicherung unserer Freiheit. Es geht um wirtschaftliche Stabilität und soziale Sicherheit. Stärken Sie Deutschland und Europa durch Ihre Stimme für die CDU!